

Berliner Tageblatt



und Handels-Zeitung

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Roffe in Berlin.

Wir unterlagen eingelebte Manuskripte
übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Die polnische Agitation in Oberschlesien.

Ein Geheimbefehl.

(Telegramme unserer Korrespondenten)

B. St. Breslau, 22. April.

Mit welchen Mitteln die Polen für ihre Interessen arbeiten, geht aus einem polnischen Geheimbefehl hervor, den die „Schlesische Volkszeitung“ heute veröffentlicht. In diesem Auftruf heißt es: „Es naht die Zeit, in der die Organisation von unserer Arbeit Zeugnis ablegen wird, wenn wir die aufdringlichen Deutschen herausstreben werden aus unserem polnischen Lande und an die Stelle der Siedler- und Arbeiterbewehrung die „polnische Volkswehr“ treten wird. Es sollen zu diesem Zweck Solowvereine gegründet werden. Dann wird im einzelnen die Organisation solcher Vereine behandelt. So sollen Mobilisationslisten angefertigt, eine politische und militärische Nachrichtenabteilung organisiert und eine Gendarmerie gebildet werden.“ Weiter heißt es dann in diesem Befehl: „Das Sammeln von Waffen, Munition, Pulver, Sprengkörpern und anderen militärischen Ausrüstungsgegenständen ist für jedes Mitglied eine heilige Pflicht. Der Ort der Waffenverstecke unserer Organisation muß strengste Geheimnisse bleiben.“ Die Korfanthische Propaganda in Oberschlesien, die mit allen Mitteln vorgeht, insbesondere mit unerlaubten und unfaulteren, ohne von der interalliierten Kommission davon gehindert zu werden, hat immer mit der Behauptung gearbeitet, daß der deutschen Propaganda „verbrecherliche Bestrebungen“ anhaften; sie wird nicht behaupten wollen, daß sein Geheimbefehl nur dem Zwecke eines gerechten Abstimmensergebnisses dient.

In einer polnischen Vertrauensmännerversammlung wurde festgestellt, daß von 2239 Abstimmen nur 945 eine Mehrheit für den Anschluß an Polen bringen würden, während in mehr als 1000 Abstimmenbestritten eine sichere Mehrheit für das Verbleiben bei Deutschland sei. Auch Korfanth gab ohne weiteres zu, daß die Lage für die Polen bei der Abstimung nicht günstig sei. Er trat sogar für eine gewisse Autonomie Oberschlesiens ein, obgleich der Anschluß an Polen erbreitenswert sei.

Oppeln, 21. April.

Ueber die Konferenz der Vertreter der deutschen Parteien Oberschlesiens mit dem General Le Rond am 19. April wird berichtet: Auf eine Frage des Sprechers der Parteien: Was genehmigt die hohe Regierung und die Reichsfinanzkommission zu tun, um der ober-schlesischen Bevölkerung eine Mitwirkung an der Gesetzgebung zu sichern? erwiderte General Le Rond, daß die Gesetze in Berlin gemacht werden. Es sei Sache der deutschen Regierung, sich mit dem Obersten Rat in Paris über die Aufhebung der Mandate zu verständigen. Der General erklärte ferner, daß in Oberschlesien das deutsche Vereins- und Versammlungsrecht künftighin bestehen. Die Kommission habe immer auf diesem Standpunkt gehalten; wenn bisher andere Maßnahmen getroffen worden seien,

so sei dies auf Personen zurückzuführen, die in einzelnen Kreisen die Kontrolle ausübten. Der General erklärte schließlich, er wolle mit den beiden anderen Mitgliedern der Kommission überlegen, inwieweit die ober-schlesischen Parteivertreter zu den Beratungen mit der Kommission hinzugezogen werden können.

Der Streit in der Zementindustrie in Oberschlesien ist durch den Spruch des Doppelten Schiedsgerichts beigelegt worden. Man einigte sich auf einen neuen Tarif. Als Mindestlohn wurden 4.10 Mark pro Stunde festgesetzt, sowie eine vierwöchige Kündigungsfrist für alle Arbeiterkategorien vereinbart.

Die gefährdete Autonomie Posen.

Ueber die gefährdete Autonomie Posen und Westpreußens wird uns geschrieben: Bekanntlich herrscht in dem neu-erlangenen Polenreiche der Gegensatz zwischen dem früheren preussischen, polnischen und westpreussischen Gebiete einerseits und Kongreßpolen und Galizien andererseits. Dieser Gegensatz zwischen dem wirtschaftlich und kulturell hochstehenden früheren preussischen Landessteilen und dem wirtschaftlich und kulturell schwer danielerliegenden Kongreßpolen und Galizien ist ein derartiger, daß es nicht unangebracht erscheint, daß an diesem Gegenstande sehr leicht das neue polnische Staatengebilde wieder zum Verfall kommen könne. Es ist erklärlich, daß die Vertreter des großpolnischen Gedankens alles daran setzen, reiflos Posen und Westpreußen im polnischen Staate aufgehen zu lassen, während Posen und Westpreußen alle Anstrengungen machen, sich das galizische und kongreßpolnische Gezänke vom Hals zu halten. Die Frage der polnischen Autonomie ist eine kändige Realisierungsfrage im neuen Polenreiche. Es ist nun interessant, festzustellen, wie sich die polnische Presse Posen zu dieser Autonomiefrage stellt.

In dem in Krakau erscheinenden „Autonomer Courrier“ finden wir hierzu folgende bemerkenswerte Auslassungen: „Es laufen Gerüchte herum, daß schon in aller nächster Zeit der Ministerrat einen endgültigen Beschluß in Frage der zentralistischen Vereinigung des ehemaligen preussischen Teilgebietes mit der polnischen Republik fassen wird. Man sagt, daß die Minister für Handel, Landwirtschaft und öffentliche Arbeit einen Antrag auf Aufhebung der polnischen Autonomie gestellt haben. Man ist allgemein der Ansicht, daß dieser Antrag angenommen werden wird.“

Angefaßt der bevorstehenden Abstimung in Oberschlesien sind diese Auslassungen sehr interessant. Sie legen aus annehmendem polnischen Prestige und dar, daß die ehemaligen preussischen Gebiete Posen und Westpreußen die Ernährer des ganzen polnischen Volkes sind, und daß in diesen Gebieten der ehemalige preussische Ordnung der wirtschaftliche Mechanismus funktioniert, während im übrigen Polen wirtschaftlicher Chaos herrsche.

Bevorstehender Schluß der Konferenz in San Remo.

(Telegramm unserer Korrespondenten)

Saag, 22. April.

Aus San Remo wird gemeldet: Valfour traf hier am 20. abends sehr spät ein und hatte gestern morgen eine lange Unterredung mit Lloyd George. Die Konferenz wird ihre Arbeiten wahrscheinlich Sonnabend erledigen, so daß die britische und französische Mission heimreisen können.

Eine Zusammenfassung der hier vorliegenden Meldungen über Armenien führt zu folgendem Ergebnis: Armenien wird sich von der russischen Grenze bis Wan ausdehnen und sämtliche Höhen zwischen Rizeh und Batum behalten, während es gleichzeitig Trapezunt besetzen darf. Trapezunt bleibt türkisch, tritt aber unter türkischer Kontrolle. Der Völkerbund übernimmt die Mandatatur über Armenien. Da das Statut aber dem Lande die notwendigen Machtmittel zur Ausübung der Fremdbesatzung nicht gibt, wurde beschloffen, es Amerika anheimzugeben, Armenien finanziell zu unterstützen oder sich damit einverstanden zu erklären, daß die Mandatatur einem kleinen Staate gegeben wird. Ueber Kurze ist bekannt, daß man wahrscheinlich, da ein Teil der Bevölkerung türkisch bleiben möchte, ein anderer Teil Autonomie verlangt, als Kompromiß zu einer Vormundschaft übergeben wird. Ausdistan wird Batum als Hafen erhalten. Die türkischen Staatsschulden werden unter Kontrolle einer gemischten französisch-englisch-italienischen Kommission gestellt. Die Konferenz behandelte auch die Frage der Bagdad-Eisenbahn. Der Oberste Rat hat weiter eine Regelung für die neue Regierung der Türkei getroffen, ohne jedoch festzustellen, was mit den Gebietssteilen, welche der Türkei abgenommen werden, geschehen soll. Die Türkei muß sich verpflichten, sich mit jeder Grenzregulierung im voraus einverstanden zu erklären. Die Konferenz hat in Anwesenheit ihrer Militär- und Marineoberbefehlshaber die Kommission für Meer und Flotte der Türkei ernannt.

Holländischer Vorschlag

von 25 Millionen Gulden an Deutschland.

Große Ankäufe von Fleisch und Speck in Rotterdam.

(Telegramm unserer Korrespondenten)

Saag, 22. April.

Die Besprechungen bezüglich eines Vorschlusses von 25 Millionen Gulden an Deutschland sind abgeschlossen. Die Unterzeichnung und Ratifizierung des Abkommens ist nunmehr nur noch eine Formfrage. Gestern wurde bekannt, daß sehr erhebliche Vorräte von Fleisch und Speck in Rotterdam an die deutsche Regierung verkauft worden sind. Der Wert wird auf mehrere Duzend Millionen geschätzt.

Preußen nach der Abgabe der Eisenbahnen.

Der völlig schuldenfreie preussische Staat. Die 280-Millionen-Rente.

E. D. Die preussische Landesversammlung hat gestern in zweiter und auch gleich in dritter Lesung der „Verreichlichung“ der Eisenbahnen zugestimmt. Das Reich nimmt damit eine neue ungeheure Milliardenlast auf sich. Zwar geht der gesamte Materialwert auf das Reich über, aber es bekommt einen Kiefenbetrieb in seine Hand, der ziemlich heruntergewirtschaftet ist und auf absehbare Zeit mit einem gewaltigen Defizit rechnen muß. Dieses Defizit ist so groß und kurzzeit noch so variabel, daß der neue Reichsfinanzminister Dr. Wirth in seiner vorgestrigen Reichstagsrede es ablehnte, diese Markto-Milliardensummen durch neue Steuern zu decken, weil das deutsche Volk bereits an der Grenze seiner steuerlichen Leistungsfähigkeit angekommen sei. Der Fehlbetrag war zunächst auf etwa sieben Milliarden geschätzt, dürfte aber nach den neuen Forderungen der Eisenbahnarbeiter und -beamten auf etwa elf Milliarden veranschlagt werden. Diese Summen abermals durch ein Hinzuerschreiben der Taxe zu decken, wird unmöglich sein. Darum beabsichtigt der Minister, in einer neuen Form weitere Finanzquellen unmittelbar aus dem Produktionsprozeß der deutschen Wirtschaft heraus für das Reich zu erschließen. Das Reich steht also im Augenblick, da ihm die Eisenbahnen übergeben werden, vor einem finanziellen Vakuum.

Ganz anders stehen jetzt die Einzelstaaten: Preußen, Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Mecklenburg und Oldenburg da. Zwar sind sie Eisenbahnen los geworden, aber gleichzeitig hat das Reich ihnen auch ihre Schulden abgenommen. Wir gestehen, daß wir uns diese „Verreichlichung“, die ein Bismarck in den siebziger Jahren nicht durchzuführen vermochte, wesentlich anders gedacht haben. Statt einer Stärkung des Reichsgedankens wird die (von Erzberger im vergangenen Jahre allzu häufig betriebene) Vereinheitlichung des deutschen Eisenbahnwesens die Zahl der reichsständigen Kreise vermehren. Die Länder haben die gute Gelegenheit benutzt, um sich finanziell zu sanieren, und das Reich hat zu all seinen übrigen Verpflichtungen nun auch noch die exorbitant hohe Schuldenlast von 40 bis 43 Milliarden Mark auf sich genommen, die es nicht nur zu verzinsen, sondern auch zu tilgen hat.

Prüfen wir an einem Einzelbeispiel, wie Preußen dabei gefahren ist. Preußen wird allein etwa 30 bis 31 Milliarden Mark vom Reich erhalten. Dieser Posten stellt eine Vergütung dar für:

1. das Anlagekapital,
2. die halbe Differenz zwischen Anlagekapital und Ertragswert,
3. die Fehlbeträge aus den Kriegsjahren.

Das statistische Anlagekapital betrug

Ende 1916	Mark 13,44 Milliarden
1917	13,80
1. April 1920	15,1

Zu diesem statistischen Anlagekapital wird noch eine ganze Reihe Einzelbeträge (Bauaufwendungen, Erzeugnisse, Kursverluste usw.) hinzugerechnet, insgesamt 3,4 Milliarden Mark. Die Differenz zwischen Anlagekapital und Ertragswert ist mit fünf Milliarden Mark ausgerechnet worden. Endlich müssen noch die Fehlbeträge aus den Kriegsjahren mit 6,5 Milliarden Mark berücksichtigt werden. Dabei handelt es sich nicht um die eigentlichen Kriegsschäden der Eisenbahnen, sondern um das in den Jahren 1914 bis 1920 enthaltene Betriebsdefizit infolge der militärischen Verwendung der Eisenbahnen. An sich hat Preußen, nebenbei bemerkt, an das Reich ohnehin einen Anspruch von rund 11 Milliarden Mark als Ersatz für die ihm nach dem Friedensvertrage verloren gegangenen Eisenbahnbestände in den abgetretenen Gebieten. Diese Summe ist natürlich in der Gesamtanfangssumme von 30 Milliarden enthalten.

Wie ist nun die Rückwirkung dieser Milliarden-Abfindung auf Preußens Finanzen? Das Reich nimmt zunächst einmal die sämtlichen fundierten und schwebenden Schulden Preußens auf sich. Preußen wird dadurch ein völlig schuldenfreier Staat. Die Schuldverpflichtungen Preußens betragen:

schwebend	13,3 Milliarden Mark,
fundiert	10,3

Dabei sind die fundierten Schulden nicht nach ihrem Nenn- oder Kurswert angegeben, sondern nach ihren Zinsforderungen, zu vier Prozent kapitalisiert. Das Reich hat zu dieser Übernahme der preussischen Schulden noch weitere 6,4 Milliarden Mark hinzuzulegen. Diese Summe soll dem Reiche einstuweilen gestundet werden. Die Verzinsung ist auf vier Prozent festgelegt worden, während die Tilgung einer späteren Vereinbarung vorbehalten bleibt.

Preußen wird also nicht nur seine sämtlichen Schulden los, sondern erhält vom Reich auch noch jährlich 280 Millionen Mark Zinsen. Was bedeutet das gegenüber den früheren Einnahmen Preußens aus dem Eisenbahnbetriebe? Bekanntlich bildeten die Eisenbahnen alle die Jahre vor dem Kriege neben den Einkommensteuern das Rückgrat des Staats. In den letzten fünf Jahren vor dem Kriege hat Preußen, außer der Verzinsung und Tilgung der Eisenbahnschulden, folgende Einnahmen erzielt:

1909	Mark 243 Millionen,
1910	210
1911	220
1912	227
1913	235

Drei deutsche Noten.

Die Aufforderung der Entente an Deutschland zur Abrüstung.

(Telegramme unserer Korrespondenten)

Saag, 22. April.

Aus London wird gemeldet: Eine Note der Entente wurde gestern der deutschen Mission überreicht. In dieser Note wird gesagt, daß die Zeit jetzt gekommen sei, um zum praktischen Handeln überzugehen. Seit der Unterzeichnung des Friedensabkommens habe Deutschland nichts getan, um die verschiedenen Bedingungen des Abkommens zu erfüllen. In erster Linie sei es notwendig, daß Deutschland zur Abrüstung übergehe.

Die deutsche Delegation hat der Friedenskonferenz drei Noten überreicht. In der ersten wird die Ermächtigung erbeten, die Zahl der Truppen, die Deutschland in der neutralen Zone beibehalten darf, zu erhöhen, in der zweiten Note wird eine Denkschrift des Reichswehrministers mitgeteilt, die bezweckt, die Stärke des deutschen Heeres auf 200.000 Mann auf 100.000 Mann erhöhen zu dürfen. Die dritte (bereits veröffentlichte) Note enthält die Antwort an die interalliierte Kommission, auf die Forderung der Aufhebung der Einwohnerwehren. Dieser Note ist ein Schreiben beigefügt, das die Reichsregierung an die verschiedenen deutschen Staaten gerichtet hat und in der diese Staaten eingeladen werden, in Übereinstimmung mit dem Wunsche der Entente zu handeln.

W. Basel, 22. April.

Aus Paris wird gemeldet: Bisher vorliegende französische Väterstimmen weisen darauf hin, daß Deutschland mit den drei Noten eine weitere Umgehung des Versailles-Vertrages verfolge. Wenn die Alliierten diese Forderungen erfüllen würden, so bedeute das die Aufhebung wichtiger Artikel des Friedensvertrages. Es sei nun Sache des Obersten Rates, als Antwort auf diese Noten die sofortige Entlassung Deutschlands und die Erfüllung der finanziellen Bedingungen des Vertrages energisch zu verlangen und vor Repräsentanten nicht zurückzuschrecken.

Zu den vorstehenden Meldungen sei bemerkt: In den amtlichen deutschen Kreisen ist nichts davon bekannt, daß eine Erklärung der Alliierten in der Entlassungsfrage bereits überreicht worden sei. Die drei deutschen Noten, von denen gesprochen wird, können eigentlich nicht alsamt als Noten im offiziellen Sinne gelten. Ueber die Frage der neutralen Zone und der dort zu haltenden Truppenzahl schweben fortgesetzt Verhandlungen, in deren Verlauf auch schriftliche Darlegungen überreicht wurden. Ebenso liegt es mit dem Antrage der deutschen Regierung, das Gesamtziffer der deutschen Truppen statt 100.000 Mann 200.000 betragen solle. Auch darüber gehen die Verhandlungen hin und her. Vielleicht werden die Alliierten all diese Fragen in einer Kollektivnote beantworten.